

Regierungsratsbeschluss

vom 20. August 2019

Nr. 2019/1236

KR.Nr. A 0049/2019 (BJD)

Auftrag Fraktion Grüne: Solaroffensive auf kantonseigenen Bauten und Anlagen Stellungnahme des Regierungsrates

1. Auftragstext

Der Regierungsrat wird beauftragt, systematisch zu überprüfen, welche kantonseigenen Bauten und Anlagen sich für die Errichtung von Fotovoltaik-Anlagen eignen. Er definiert anschliessend einen Zeitplan für deren Realisierung.

2. Begründung

Im Hinblick auf die Umsetzung der Energiewende ist es notwendig, den Anteil von Solarenergie an der Stromversorgung zu erhöhen. Durch den Eigenverbrauch des produzierten Stroms können damit im Idealfall bereits vor der Abschreibung der Investitionskosten und sicher vor Ende der Lebensdauer der Anlagen deutliche Einsparungen bei den Stromkosten realisiert werden. In den Eigenverbrauch können zudem je nach Standort auch künftige kantonseigene Elektrofahrzeuge einbezogen werden, womit der Kanton auch Treibstoffkosten einsparen kann.

Gerade im Hinblick auf den absehbaren erhöhten Strombedarf aufgrund der Elektrifizierung des motorisierten Individualverkehrs, kann mit vermehrter sauberer Inlandproduktion verhindert werden, dass der Stromverbrauch dem Klima schadet.

Eine Offensive des Kantons nicht nur bei Renovationen oder Neubauten rechtfertigt sich aber nicht nur unter den genannten wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern auch aufgrund der Vorbildfunktion des Kantons. Zudem kann der Kanton willkommene Impulse bei lokalen Gewerbebetrieben setzen, indem er als Besteller von Solaranlagen und der entsprechenden Installationen auftritt.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

Gemäss Energieleitbild des Hochbauamtes und kantonalem Energiekonzept wird der Einsatz von erneuerbaren Energien gefördert. Dies gilt insbesondere auch für den Einsatz von Photovoltaikanlagen. In erster Priorität sind Photovoltaikanlagen auf den Dachflächen von Neu- und Umbauten vorgesehen, wie beim Parkhaus Kantonsspital Olten, FHNW Olten, BBZ Solothurn, Stützpunkt Seewen, Ökonomiegebäude Wallierhof Riedholz, Werkhof Wangen b. Olten und Kantonsschule Olten. In zweiter Priorität werden bei notwendigen Sanierungen von geeigneten Dachflächen gleichzeitig Photovoltaikanlagen installiert.

Bereits im Jahr 2011 wurde eine erste Analyse über die Eignung von kantonseigenen Liegenschaften zur Installation von Photovoltaikanlagen durchgeführt, welche nicht zur ersten und zweiten Priorität gehören. Daraus folgte im Jahr 2013 ein erstes Investitionsprogramm für Photovoltaikanlagen. Im Rahmen der Mehrjahresplanung Hochbau 2013 - 2016 wurde ein Kleinprojekt für „Photovoltaikanlagen auf kantonseigenen Bauten“ mit einem Kredit von 1 Mio. Fran-

ken genehmigt. Damit konnten sechs Anlagen mit einer Stromproduktion von 289'000 kWh/a erstellt werden. Mit der Mehrjahresplanung Hochbau ab 2017 wurde ein zweites Investitionsprogramm für Photovoltaikanlagen mit einem Kleinprojekt von 0.9 Mio. Franken genehmigt. Mit diesem Programm werden bis Ende 2019 weitere sechs Anlagen mit einer Stromproduktion von 254'000 kWh/a installiert.

Auf kantonseigenen Gebäuden werden Ende 2019 insgesamt 29 Photovoltaikanlagen installiert sein. Die Nennleistung dieser Anlagen entspricht 2'081 kWp. Die Stromproduktion beträgt ca. 1'969'000 kWh/a, welche einem jährlichen Energiebedarf von rund 500 Haushalten entspricht.

Wir halten fest, dass der Kanton Solothurn dem Einsatz von Photovoltaikanlagen auf eigenen Liegenschaften einen grossen Stellenwert zuordnet und seine Vorbildfunktion gemäss kantonailem Energiekonzept wahrnimmt. Dabei gilt zu beachten, dass nicht die Anzahl der Anlagen alleine das Mass der Vorbildfunktion sein kann. Damit der Kanton Solothurn auch weiterhin dem Einsatz von Photovoltaikanlagen einen wichtigen Stellenwert zuordnen kann, ist beabsichtigt, eine weitere Prüfung von kantonseigenen Liegenschaften zur Eignung von Photovoltaikanlagen - unter Berücksichtigung der aktuellsten Erkenntnisse und technischen Möglichkeiten - durchzuführen.

4. Antrag des Regierungsrates

Erheblicherklärung mit folgendem Wortlaut:

Der Regierungsrat wird beauftragt, systematisch zu überprüfen, welche kantonseigenen Bauten und Anlagen sich für die Errichtung von Photovoltaikanlagen eignen. Ein entsprechender Bericht mit Massnahmen und einem Zeitplan für deren Realisierung soll bis Ende 2020 vorliegen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Vorberatende Kommission

Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Bau- und Justizdepartement (br)
Hochbauamt
Amt für Umwelt
Volkswirtschaftsdepartement
Amt für Wirtschaft und Arbeit
Aktuarin UMBAWIKO (ste)
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat